



**Abstimmungsergebnis:**

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	7
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 20.04.2021**

Zur Sitzungsniederschrift des öffentlichen Teils vom 20.04.2021 gab es Anmerkungen von Frau Meier und Frau Bretschneider, sie wird um diese ergänzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Sitzungsniederschrift wurde mit den Anmerkungen einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 3 **Sanierung der Alten Schmiede in Gehren zum Gemeindezentrum**  
**Vorlage: 0074-Bau-2021**

Herr Vorreyer eröffnet die Diskussion und merkt an, dass es erst mal einen Beschluss geben müsste der festlegt, dass die „Alte Schmiede“ Gemeindezentrum werden soll und die Bürgermeisterin beauftragt wird FM zu akquirieren.

Die Begründung in der Beschlussvorlage ist unglücklich, da weder Kosten noch eine Verknüpfung zum Verkauf des Gutshauses gibt, keine Alternativen benannt werden und es keine Aussage gibt in wie weit Kosten und Nutzen im Verhältnis stehen. Weiterhin fehlen den Ausschussmitgliedern Informationen darüber, wie es in Gehren weiter geht, wenn durch den demografischen Wandel die Räumlichkeiten nicht mehr genutzt werden. Es muss den Einwohnern von Gehren auch erklärt werden, dass ein entsprechendes Nutzungsentgelt zu zahlen ist.

Die Frage wer die laufenden Kosten inkl. Betriebskosten zahlt, ist bislang nicht beachtet und geklärt worden, ebenso wer die Nutzer sind und was diese benötigen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses sind sich darüber einig, dass das Projekt realisiert werden kann, wenn der Verkaufserlös den Eigenanteil deckt und geklärt ist, wer laufende Kosten trägt.

Der Auffassung von Frau Wegener, dass ein Gemeinderaum geschaffen werden muss, wird von allen Ausschussmitgliedern getragen.

Der Finanzausschuss verweist die Vorlage in den Bauausschuss zurück mit der Bitte um kurzfristige Klärung. Nachfolgende Punkte müssen geklärt werden:

1. Grobkostenschätzung
2. Förderkulisse muss geklärt sein
3. Nutzung
4. Denkmalschutz
5. Prüfung von Alternativen
6. Einwohnerversammlung in Gehren

Die Beschlussvorlage wird in den Bauausschuss zurückverwiesen.

**Abstimmungsergebnis über die Vorgehensweise:**

Die Vorgehensweise wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 4 Entwidmung der Feierhallen in Gehren und Neuensund  
Vorlage: 0075-Bau-2021

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	7
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	1

zu 5 Diskussionsvorlage zur Änderung der Straßenreinigungssatzung  
der Stadt Strasburg (Um.)  
Vorlage: 0081-Bau-2021

Die vorgelegte DV wird durch die Ausschussmitglieder intensiv diskutiert.

Frau Meier weist darauf hin, dass Fachwissen fehlt. In diesem Zusammenhang hat es den Anschein, dass ganz viel eingekürzt wird um intensiv zu sparen. Anscheinend hat es einen fiskalischen Aspekt der die ausschlaggebenden Änderungen bewirkt. Der Vergleich vorher/nachher fehlt.

Es sind noch viele Fragen offen

- Welche Überlegungen haben zu dieser Veränderung geführt? Diese Aussage fehlt.
- Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung wurde anscheinend bei der Überarbeitung der Satzung nicht mit einbezogen.
- Sauberes Stadtbild

Herr Finsterbusch ist über die Art und Weise der Vorlage und die Vorgehensweise erschüttert und stellt den Straßenausbau der letzten Jahre in Frage, es wurden extra Bürgersteige abgesenkt um den Winterdienst für die Stadtarbeiter zu ermöglichen. Auch wurde bei der Erhebung der Ausbaubeiträge eine Umlage für leichteres Reinigen, erhoben. In den Straßenbaukonzeptionen der letzten Jahre wurde als Begründung für die Gehwegabsenkungen immer der gezielte Grund benannt, dass es für die Straßenreinigung erforderlich wäre.

Frau Wegener ist gegen die DV und schlägt vor die Straßenreinigung zentral und kostengünstig durch die Stadt zu realisieren um keinen Flickenteppich zuzulassen. Gegebenenfalls durch die Vergabe an Dritte. Bei einem starken Winter macht jeder Anwohner so gut wie er kann, entweder er schiebt nur Meterbreit, der Nachbar macht es gar nicht, der nächste fegt und streut Gehweg und Radweg. Die zentrale Vergabe ist ein Beitrag zur Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt. Die Sensibilität bei diesem Thema fehlt. Auch sollte die Satzungsänderung nicht wieder rückwirkend beschlossen werden.

Frau Bretschneider sieht die Neuanschaffung Multicar Aufstellung passt nicht zu dem was jetzt vorgelegt wurde.

Vorschlag von Herrn Vorreyer mit allen Stadtvertretern und sachkundigen Einwohnern eine Veranstaltung zu planen, in der Frau Heinrichs Erläuterungen und Hintergründe dargestellt.

Vielen Ausschussmitgliedern fehlt bei der DV das Hintergrundwissen, der Alt-Neu-Vergleich ist unglücklich und das spiegelt die unzureichende Qualität der DV wider. Da viele rechtliche Hintergründe fehlen, soll der Fachbereich Auskunft geben.

Frau Meier, bittet den Fachbereich um eine Aussage zum Ansatzpunkt der Kalkulation, als Ausgangspunkt der Überlegung.

Die Mitglieder des Finanzausschusses sind sich darüber einig, dass die vorgelegte Diskussionsvorlage nicht weiter verwiesen wird, sondern vielmehr vom FB Bau- und Ordnungsangelegenheiten überarbeitet wird.  
Mit dieser Vorlage wurde die Berechnungsgrundlage verändert.

Eine Kalkulation kann nur nach Stundenzetteln erfolgen, die mindestens 1 Jahr geführt werden.

**Herr Finsterbusch bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass das Nachreichen der Begründung nicht das Votum des Finanzausschusses ersetzt.**

Frau Meier benötigt Hintergrundinformationen, warum die Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt erfolgt und welche Berechnungsgrundlage zugrunde liegt. Es soll auch eine Aussage darüber getroffen werden, warum die Reinigung auf die Eigentümer übertragen werden soll.

Wenn die Stadtarbeiter dies trotz der Einstellung eines Vorarbeiters nicht schaffen sollten, muss eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erfolgen und ggf. eine Fremdfirma beauftragt werden.

Der Finanzausschuss ist sich darüber einig, dass von Frau Heinrichs noch Hintergrundinformationen erfolgen müssen, warum die Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt vorgelegt wird und welche Berechnungsgrundlage zugrunde liegt. Es soll auch eine Aussage darüber getroffen werden, warum die Reinigung auf die Eigentümer übertragen werden soll.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Diskussionsvorlage wurde mehrheitlich abgelehnt.

Dafür stimmten:	0
Dagegen stimmten:	7
Stimmenenthaltungen:	1

zu 6

**Änderung von Grundstücken im 3. Siedlungsweg im Bereich der Hausgruppen für Einzel- oder Doppelhäuser**  
**Vorlage: 0082-Bau-2021**

Derzeit ist schon festzustellen, dass durch die Änderung der Gestaltungssatzung wieder Bewegung in die Bebauung des 3. Siedlungsweges kommt. Deshalb sollte man alle Voraussetzungen schaffen um die Baulücken zu schließen.

Grundstücke sollen so aufgelöst werden, dass der Erwerb der Grundstücke attraktiv gestaltet wird.

Herr Nico Jahnke bittet um Rederecht

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Herrn Jahnke wird Rederecht erteilt.

Herr Jahnke erläutert die Auffassung des Bauausschusses, da er bei der Sitzung anwesend war.

Mit den Rahmenbedingungen muss sich der Bauausschuss auseinandersetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 7 Änderung Grundstückspreise im Baugebiet "3.Siedlungsweg" der Stadt Strasburg (Um.)  
Vorlage: 0084-Bau-2021

Die Begründung in der Beschlussvorlage ist abzuändern, es sind nicht 6,00 EUR sondern 7,00 EUR.

Herr Vorreyer wirft die Frage die auf, warum wird erst jetzt der Grundstückspreis geändert und nicht schon vorher. Die Stadt hat in diesem Jahr schon Grundstücke zum alten Preis verkauft.

Gibt es auch Änderungen in anderen Stadtgebieten außer dem 3. Siedlungsweg? Betrifft das alle Siedlungswege?

**Die BV von 2013 ist der Niederschrift beizufügen.** Um zu erfahren warum es für den 3. Siedlungsweg eine Sonderregelung gibt.

Die Zustimmung ist geknüpft an die zuvor genannte Ergänzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 8 Neufassung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in der Stadt Strasburg (Um.) – (Sondernutzungssatzung)  
Vorlage: 0088-Bau-2021

Frau Meier meldet sich zu Wort, ihr ist die Qualität der Vorlage mangelhaft. Es fehlen Aussagen darüber:

- Welche Gedanken hat sich der Mitarbeiter gemacht?
- Was steckt dahinter, die fachliche Erörterung fehlt?
- Was ist gesetzlich erforderlich, welche Hintergründe gibt es?

Herrn Vorreyer fehlen Informationen, was gesetzlich vorgeschrieben ist und welche Gedanken sich die Verwaltung dazu gemacht hat.

Mechanismen und Verwaltungsabläufe sollen so gestaltet werden, dass den Bürgern durch Einsparungen etwas zurückzugeben werden kann.

Frau Wegener hinterfragt:

- Was hat sich die Verwaltung für Gedanken gemacht um die Verwaltungsgebühren zu reduzieren?
- Was tut die Stadt um Anträge/ Formulare online zu stellen, mit dem Hintergrund Verwaltungsgebühren zu reduzieren?

Frau Meier, vertritt die Auffassung das durch Digitalisierung Papier und Drucker gespart werden können. Es fehlen auch hier Hintergründe.

Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis für die Zurückstellung der BV:**

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zurückgestellt.

Dafür stimmten:	7
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	1

zu 9

**Antrag zum Thema „saubere Stadt“**  
**Fraktion IfS**

Frau Meier gibt noch Erläuterungen zur eingereichten BV. Die Stadt soll schöner und damit auch sauberer werden. Dies ist auch ein zentrales Thema für die Bürger. Als Basis ist es erforderlich, dass es eine Information dazu gibt, wo bräuchten wir Müllbehälter und Hundetoiletten. Die geplanten Papierkörbe in der Stadt sind in diesem Jahr nicht in den Haushaltsplan aufgenommen worden. Durch die Verwaltung soll eine Auflistung der vorhandenen Müllbehälter erfolgen, damit die Politik eine Orientierung hat, in welchen Bereichen noch Müllbehälter erforderlich sind.

Es wird vorgeschlagen, um auch andere Bürger in der Stadt zu animieren einen Aufsteller, als eyecatcher, zu gestalten, der auch Bürger die bisher sich noch nicht dafür interessiert haben mitzunehmen und achtsamer zu sein.

So fehlen zum Bsp. in den Bereichen am Wall und in der Schönhauser Str. Entsorgungsmöglichkeiten. Diese sollten medienwirksam angebracht werden, um auch den Bürgern zu zeigen hier passiert etwas und um die Bürger auch dahingehend mitzunehmen.

Frau Hannemann berichtet aus dem Bauausschuss, dass Frau Heinrichs darüber informiert hat, dass im Stadtgebiet 92 Müllbehälter und 7 Hundetoiletten vorhanden sind. Viele Müllbehälter sind übertoll, weil Bürger diese nutzen um ihren Hausmüll oder den Müll aus den Gärten dort zu entsorgen.

Frau Wegener meldet sich zu Wort und erklärt, dass erstmal festgestellt werden muss, in welchen Bereichen es zu einer Unterversorgung kommt und dass die Idee aufgegriffen werden sollte, einen Aufkleber an die Müllbehälter zu bringen in denen die Hundehinterlassenschaften entsorgt werden können.

Herr Vorreyer vertritt die Auffassung, dass es besser ist, in Brennpunkten mehr Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen, um auch dem Thema „saubere Stadt“ gerecht zu werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 10

Sanierung des Baudenkmals in der Bahnhofstraße in Strasburg (Um.) "Ehrenmal für die Opfer des Faschismus"  
Antrag Fraktion DIE LINKE.

Frau Bretschneider nimmt Stellung zum Antrag ihrer Fraktion und erklärt, dass mit dem Antrag dieses Projekt auf den Weg gebracht werden soll. Das Denkmal steht auch auf der Denkmalliste.

Frau Döring hat sich an unterschiedlichen Stellen erkundigt und herausgefunden, dass für solche Projekte Fördermittel bereitgestellt werden könnten. Grundvoraussetzung ist jedoch eine Kostenschätzung. Ihr sei es bisher noch nicht gelungen, einen fachkundigen Sachverständigen zu finden.

Antrag auf Fördermittel muss die Stadt selbst stellen, der zu erbringende Eigenanteil kann durch Eigenleistung erbracht werden. Dabei hat die Fraktion an die Stadtarbeiter gedacht. Frau Döring erläutert nochmals, dass der Kostenvoranschlag eine Grundvoraussetzung ist um die Förderung zu beantragen. Eine Förderung könnte in Höhe von 50% erfolgen. Sie hat auch schon darüber nachgedacht dafür Spenden einzuwerben, um den Eigenanteil aufzubringen.

Es ist zu prüfen ob für solche Projekte Spendenbescheinigungen ausgestellt werden dürfen.

Herr Vorreyer gibt zu bedenken, dass die Sanierung nicht nur das Denkmal, sondern vielmehr auch das Umfeld um das Denkmal, wie die Treppen, gilt.

Es müsste ein Strasburger Architekt gewonnen werden, welcher bereit ist, unentgeltlich die möglichen Kosten zu schätzen.

Herr Finsterbusch begrüßt den Antrag und bittet darum den Zusatz "kostenlosen Kostenvoranschlag" in den Antrag aufzunehmen.

Der Finanzausschuss befürwortet den Antrag mit der Einschränkung, dass der Kostenvoranschlag kostenneutral erfolgen muss. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Unternehmen zu suchen, dass einen kostenneutralen Kostenvoranschlag erstellt. Die Ergänzung soll mit im Antrag formuliert werden.

**Abstimmungsergebnis mit Ergänzung:**

Der Antrag wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	7
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	1

zu 11

Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Strasburg (Um.) und dem Uckermärkischen Heimatkreis Strasburg e.V. zur Unterstützung der Museumsarbeit

Der Vereinbarung wurde den Finanzausschussmitgliedern am 31.07.2021 von Frau Purrmann, per Mail zugestellt.

Es stellt sich die Frage ob der Heimatkreis umfänglich mit der Kooperationsvereinbarung einverstanden ist. Dazu telefoniert Frau Wegener mit einem Mitglied des Heimatkreises und der Tagesordnungspunkt wird kurz unterbrochen.

Nach dem Telefonat von Frau Wegener wird die Vereinbarung dahingehend nochmals geprüft, dass der Heimatverein keine Museumsarbeit macht.

Es wird festgestellt, dass die dem Ausschuss vorliegende Fassung der Kooperationsvereinbarung mit dem Heimatkreis abgestimmt ist.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 12

### **Anfragen und Mitteilungen**

Herr Finsterbusch fragt

1. nach dem Stand der Förderung der Schulen in Zusammenhang mit der Digitalisierung, bauliche Maßnahmen, Brandschutztüren.

Frau Koch beantwortet die Frage.

In Zusammenhang mit der Digitalisierung sind wir im Zeitplan. Am 05.08.21 findet dahingehend eine Zusammenkunft mit beiden Schulen, der Verwaltung und der eGo-MV statt, dort werden die weiteren Vorgehensweisen abgestimmt.

Aus der Sicht von Frau Koch sind die vom FB Bau- und Ordnungsangelegenheiten für den HHPI 2021 geplanten Mittel für die grundhafte Sanierung in keiner Weise ausreichend. Der Fachbereich Bau- und Ordnungsangelegenheiten hat die möglichen Kosten zusammengestellt. Frau Koch erklärt, dass sie dazu keine ausreichende Antwort geben kann. Für die bauliche Sanierung ist der FB Bau- und Ordnungsangelegenheiten zuständig. Für den Digitalpakt und die räumliche Ausgestaltung der FB Finanzen und Schulen.

Mit Auszahlung zum Digitalpakt sind die Schulen der Stadt erst in 2022 vorgesehen dort sind für die Regionale Schule ca. 116.000 EUR und die Grundschule ca.109.000 EUR FM geplant.

In der kommenden Woche findet mit der Kultusministerin eine Begehung in den Schulen statt und zu baulichen Problemen will Frau Hammermeister-Friese mit der Ministerin sprechen.

Da niemand im Bauausschuss, darauf eine Antwort geben kann in wie weit FM-Anträge für die notwendige Sanierung gestellt worden sind, erklärt Frau Koch, sich am 09.08.21 mit der Bürgermeisterin und Frau Heinrichs an einen Tisch zu setzen, um die Sanierung zu sprechen.

Frau Meier, bezieht sich auf ein Zusammentreffen mit Frau Martin der Bildungsministerin dort wurde die Problematik der grundhaften Sanierung, der Sicherheits- und Brandschutz Problematik angeschnitten. Frau Meier erläutert weiterhin, dass die zwingende Notwendigkeit besteht, die Sicherheit der Schüler und den Brandschutz zu gewährleisten und dass dafür sowie für die baulichen Erfordernisse Kostenvoranschläge eingeholt werden müssen. Erst dann erst können FM-Anträge gestellt werden.

Es muss konkret gesagt werden welches bauliche Konzept, welche Zeitschiene benötigt wird.

Herr Vorreyer äußert seinen Unmut darüber, dass der Beschluss der Stadtvertretung bisher nicht umgesetzt wurde.

Die Kalkulationsgrundlage des FB Bau- und Ordnungsangelegenheiten für die in der Haushaltsplanung 2021 hinterlegten baulichen Maßnahmen müssen offengelegt werden. Notfalls muss man sich externen Rat holen, wenn die Verwaltung damit nicht allein fertig wird.

Herr Vorreyer schlägt vor, dieses Thema mit auf die Tagesordnung zum Termin am 30.08.2021 zu nehmen, um die noch offenen Fragen zu beantworten.

- Welche Maßnahmen sind geplant, kurzfristig, langfristig?
- Sanierungskonzept welche Maßnahmen sind geplant?



- Zeitschiene?
  - Welche FM?
2. Wer legt die Beisitzer für die Ausschusstätigkeiten fest?  
Welchen Grund hat es, dass in den letzten Sozialausschüssen, bis auf Herrn Schulz, keine Fachbereichsleiterin dabei waren?

Frau Koch antwortet auf die Frage.

Für die Einteilung der Sitzungsdienste ist Frau Hammermeister-Friese zuständig. Für die kommende Sitzung ist es nicht anders möglich, weil auch Herr Schulz und alle FB-Leiterinnen sowie Frau Hammermeister-Friese an der Sitzung mit Frau Magnussen teilnehmen.

Für die vergangenen Sitzungen kann sie keine Aussage treffen.

Nach ihrer Ansicht ist es schwierig, dass zu jeder Fachausschusssitzung eine FB-Leiterin anwesend ist, weil nur 3 Leiterinnen da sind und damit in der Ausschusswoche fast jeden Tag unterwegs.

Frau Meier merkt, an das die Schwierigkeiten bei der Besetzung immer größer werden je kleiner die Verwaltung wird.

Frau Wegener schlägt vor die entsprechende FB- Leiterin in der Sitzung online zuzuschalten, um von einer Präsenzpflicht abzusehen, wenn deren Auskunft in den Ausschusssitzungen gefragt ist.

Herr Vorreyer entgegnet, dass es zu einem Problem werden könnte, da die technischen Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Herr Finsterbusch macht klar, dass bereits in der Vergangenheit mehrfach Ausschusssitzungen des Sozial- Kultur und Schulausschusses nicht fachlich durch FB-Leiterinnen betreut wurden. Wenn der kommende Sozial- Kultur und Schulausschuss den Stadtvertretern und der Verwaltung weniger Wert ist, als eine Sitzung im Rathaus über einen externen Dienstleister der die Kommunikation miteinander verbessern soll und deshalb die Sozialausschusssitzung durch die Verwaltung nicht betreut werden, dann ist das eine Desorganisation. Mit dieser Verfahrensweise ist er nicht einverstanden.

Frau Meier fordert, dass in jeder Ausschusssitzung ein Mitarbeiter der Verwaltung anwesend ist, der über die aktuellen Vorlagen aussagefähig ist und Auskunft geben kann. In Dienstberatungen kann auf die Vorlagen eingegangen werden und Informationen ausgetauscht werden.

Dabei wird angemerkt, dass sich die Qualität der Vorlagen wesentlich verbessern muss.

Herr Jahnke bittet um Rederecht.

**Abstimmungsergebnis:**

Das Rederecht wurde einstimmig erteilt.

Dafür stimmten:	8
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

Herr Jahnke erkundigt sich nach dem Solarpark Schönhauser Str. und ob dort Einnahmen erzielt werden.

Herr Vorreyer beantwortet die Frage, dass die Flächen dort langfristig verpachtet waren und eine Teilfläche für einen Solarpark verpachtet wurde. Er erklärt, dass es sich um eine Eigentumsfläche der Stadt handelt und durch den Solarpark deutlich mehr Einnahmen zu verzeichnen sind, als durch die Landpacht.

Strasburg (Um.), den 19.08.2021

gez.  
Christian Vorreyer  
Vorsitzender

Kerstin Koch  
Protokollantin